

## leserInnenbriefe

## Auf dem rechten Fleck

betr. „Helfen oder nicht helfen“

taz nord vom 29. 6. 18

Ja, dass Bernd Althusmann ein echter Christ (!) mit dem Herz auf dem rechten (!) Fleck ist, hat er schon häufiger unter Beweis gestellt. Aber seine Sorge um die Flüchtlinge vom afrikanischen Kontinent rührt mich nun wirklich. Europäische Ankerzentren will er in den nordafrikanischen Ländern errichten lassen, damit die Menschen sich nicht auf den oft tödlichen Weg übers Mittelmeer begeben. Althusmann als barmherziger Samariter, als Retter der Armen und Verfolgten – das klingt toll. Und doch bleibt bei mir ein Geschmack: Vielleicht sind ihm diejenigen Menschen ein Dorn im Auge, die nicht im Mittelmeer den Tod finden, sondern dort auf Booten zusammengepfercht darauf warten, dass irgendein europäischer Staat sie noch aus Mitleid aufnimmt, weil man sich eben doch nicht an die Bilder dort sterbender Flüchtlinge gewöhnen will. Besser, diese Flüchtlinge werden in Ländern, wo die Machthaber herzlich wenig auf sogenannte Menschenrechte geben, in Lager gesperrt, was auch immer dann aus ihnen wird, nur bitte keine Asylantragsteller in Deutschland. Aus den Augen, aus dem Sinn. So einfach ist das. Oder?

Kirsten Diercks, Hamburg

## Scholz' klares Eigentor

betr. „Olaf Scholz würde es wieder tun“

taz nord vom 30. 6. 18

Olaf Scholz schießt mit seiner Aussage ein klares Eigentor. Denn das Beharren darauf, dass die Ausrichtung des G20-Gipfels in Hamburg richtig gewesen sei, zeugt nicht nur von fehlender Selbstreflexion, sondern ebenfalls von einem leider nur unzureichend ausgeprägten Verantwortungsgefühl. Schließlich konnte und musste die Politik bereits im Vorwege sehr genau wissen, welchen Risiken sie insbesondere die Bevölkerung im Schanzenviertel aussetzt, da es eine ähnlich konzipierte Veranstaltung von Politikern bereits 2001 beim G8-Gipfel in Genua mit schwersten Ausschreitungen gegeben hat. Deshalb sollte der frühere Bürgermeister dringend seine Philosophie überdenken, zumal ein negatives Image wie zum Beispiel durch die von vielen Menschen wahrgenommene Arroganz auch einer potentiellen Kanzlerkandidatur eher abträglich sein dürfte!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

## Keine Hilfe für Intersexuelle

betr. „Reden statt schneiden“

taz nord vom 26. 6. 18

Wie aber kommt jemand Intersexuelles in seinem Leben weiter, wenn ihm, da keine Krankheit diagnostiziert werden kann, jegliche medizinische Hilfe verweigert wird? Wieder einmal der grundlegende Systemfehler des Wachstums und der wirtschaftlichen Interessen, der eine Lösungsfindung von vornherein verhindert. So bleibt: Gut dacht ich net gut gemacht. *hampelstielz, taz.de*



taz nord  
Stresemannstr. 23  
22769 Hamburg  
briefe@taz-nord.de  
www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

## „Zentral an der Kinder-euthanasie beteiligt“

Der Historiker Christof Beyer erforscht im Auftrag des niedersächsischen Sozialministeriums personelle Kontinuitäten in den psychiatrischen Anstalten nach 1945. Das ernüchternde Ergebnis: Viele Euthanasie-VerbrecherInnen machten Karriere

Interview André Zuschlag

**taz: Herr Beyer, nach 1945 konnten viele PsychiaterInnen in Niedersachsen, die am Mord von Kindern und Erwachsenen beteiligt waren, recht problemlos weiterarbeiten, viele davon im Landesdienst. Warum war das möglich?**

**Christof Beyer:** Die Frage ist zunächst recht banal zu beantworten: Weil die juristischen Rahmenbedingungen es möglich gemacht haben. Viele an Patientenmorden beteiligte PsychiaterInnen wurden nach 1945 entweder als „unbelastet“ oder als „Unterstützer“ entnazifiziert. Ermittlungen und Verfahren gegen ein Medizinverbrechen beteiligte wurden bis 1950 eingestellt. Und zudem wurde mit

nisierten Erwachsenen-Euthanasie von 1939 bis 1941, der sogenannten „Aktion T4“, und an der sogenannten Kindereuthanasie von 1939 bis 1945 beteiligt waren.

**Können Sie Beispiele nennen?**

Ein Fall etwa ist Willi Baumert. Er war von 1941 bis 1944 Leiter der „Kinderfachabteilung“ in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg. Seine Aufgabe war es, ausgewählte Kinder zu begutachten und diese zur Tötung vorzuschlagen. Ob er selber Hand angelegt hat, ist nicht nachweisbar. Er hat aber nachweisbar Pflegekräfte damit beauftragt, Kinder durch überdosierte Medikamente zu töten. So ist für die „Kinderfachabteilung“ Lüneburg von mindes-

sich Ansätze von Reformierung und Modernisierung finden. Aber davon abgesehen wurden die Strukturen bis in die 1970er-Jahre weitergeführt. Die Anstalten wurden, sofern sie im Krieg nicht zerstört wurden, wieder in Betrieb genommen. Dies gilt auch für die Anstalten der Provinz Hannover, die zu Beginn der 1950er-Jahre in Landeskrankenhäuser umbenannt wurden.

**Bleib man es bei der bloßen Umbenennung?**

Das ist die Frage: Hat sich diese Vergangenheit in der therapeutischen Arbeit fortgesetzt? Im Fall von Willi Baumert beispielsweise: Hat der dann nach 1945 eine ähnliche Haltung gegenüber den PatientInnen eingenommen wie zuvor?

Hat er?

mung und Skandalisierung in der Öffentlichkeit änderte sich, wenngleich – zumindest im Fall von Heyde und weiteren in den 1960ern angeklagten Ärzten – die Sache juristisch versandete.

**In Ihrer Studie gehen Sie auch auf den Umgang mit niedergelassenen MedizinerInnen, die sich an Verbrechen beteiligten. Einer von ihnen, Klaus Endrueit, musste, nachdem gegen ihn ermittelt wurde, eigentlich seine Approbation ruhen lassen – er betrieb seine Praxis dennoch illegal weiter.**

Die Bezirksregierung Hannover erfuhr 1984 aus der Presse von diesem Umstand. Es gab eine große Solidarität aus der Bevölkerung mit ihm, nach dem Motto „Er ist doch ein guter Arzt.“ Das örtliche Gesund-

Ab 1939 wurden sie ermordet: Kinder mit Down-Syndrom, die sich in öffentlichen Anstalten befanden  
Foto: Wikicommons



## nachrichten

## Wahl zur Pflegekammer

Rund ein Drittel der registrierten Pflegefachkräfte in Niedersachsen hat sich an der Wahl der ersten Pflegekammer im Land beteiligt. Insgesamt 46.742 PflegerInnen waren zur Wahl aufgerufen, wie der Errichtungsausschuss zur Pflegekammer am Montag in Hannover mitteilte. Die Kammer soll die professionelle Versorgung pflegebedürftiger Menschen sicherstellen sowie die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen berufspolitisch vertreten und gesellschaftlich aufwerten. (epd)

## IS-Anhängerin verhaftet

Eine IS-Anhängerin aus dem Landkreis Vechta ist festgenommen worden, weil sie für die Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Irak als „Sittenpolizistin“ auf Patrouille gegangen sein soll. Die 27-jährige sei bereits am vergangenen Freitag in Bayern verhaftet wor-

den, teilte die Bundesanwaltschaft am Montag mit. Frauen wie Jennifer W., die aus den IS-Kampfgebieten zurückkehren, beschäftigen zunehmend auch das Landeskriminalamt (LKA) und den Verfassungsschutz in Niedersachsen. (dpa)

## Ökodörfer als Pionierorte

Wissenschaftler der Universitäten Osnabrück und Oldenburg wollen erforschen, ob Ökodörfer die gesamte Gesellschaft zu neuen Wirtschafts- und Lebensformen führen können. Dafür nehmen sie drei niedersächsische Gemeinschaften in den Blick, teilte die Uni Osnabrück am Montag mit: die Lebens- und Arbeitsgemeinschaft „GASTWERKE“ bei Kassel, den Verein Solidarische Landwirtschaft Oldendorf bei Bremen sowie eine Reihe von Initiativen, die in der Dorfgemeinschaft Oberndorf im Kreis Cuxhaven verortet sind. (epd)

dem Grundgesetzartikel 131 die Reintegration nationalsozialistischer Beamter in den niedersächsischen Landesdienst stark begünstigt.

**Was hat es mit diesem Grundgesetzartikel auf sich?**

Der Artikel, der in einem nachfolgenden Bundesgesetz dann weiter ausgeführt wurde, verschaffte Beamten, die im Entnazifizierungsverfahren nicht als belastet eingestuft wurden, die Möglichkeit und auch den Anspruch auf Wiederverwendung im Staatsdienst. Der Artikel sicherte einerseits das deutsche Berufsbeamtentum, das die alliierten Siegermächte eigentlich abschaffen wollten. Andererseits führte es zu einer fast vollständigen Wiederherstellung der personellen Kontinuität in Justiz und öffentlicher Verwaltung. Das ist im Allgemeinen bekannt, aber man muss auch betonen, dass das auch für verbeamtete MedizinerInnen galt.

**Um welche Verbrechen geht es in der Studie konkret?**

Im Fokus standen PsychiaterInnen, die an der zentral orga-

nisierten Erwachsenen-Euthanasie von 1939 bis 1941, der sogenannten „Aktion T4“, und an der sogenannten Kindereuthanasie von 1939 bis 1945 beteiligt waren.

**Das ist im Nachhinein schwer hinzunehmen.**

Ein anderes Beispiel ist Ernst Meumann, der bis 1945 Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Königslutter war. Unter seiner Leitung diente die Anstalt Königslutter der „Aktion T4“ als Zwischenanstalt, auch war er für Patientendeportationen in die Gasmordanstalt Bernburg und die „Kinderfachabteilung“ Uchtsprünge verantwortlich.

**Und diese beiden Täter konnten nach 1945 wieder im Staatsdienst arbeiten?**

Baumert wurde 1958 sogar Direktor des Landeskrankenhauses Königslutter, Meumann wurde 1954 Leiter des Landesfürsorgeheims Moringen.

**Was waren die strukturellen Voraussetzungen dafür?**

Die psychiatrischen Institutionen wurden nach 1945, wie es überall stattfand, restauriert. Hypothetisch hätte man die Möglichkeit zu einem Neuanfang nutzen können, aber das war nicht der Fall. Eher lassen

Diese wichtige Frage ist bisher noch offen. Eine derzeit laufende, ebenfalls vom niedersächsischen Sozialministerium finanzierte Studie zu Medikamentenversuchen an Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen liefert dazu vielleicht demnächst neue Anhaltspunkte, insbesondere zur therapeutischen Haltung des ehemaligen NS-Euthanasie-Protagonisten Hans Heinze, der von 1954 bis 1960 die Kinder- und Jugendpsychiatrie des Landeskrankenhauses Wunstorf leitete. **Manche Täter rückten ab Ende der 1950er dann doch nochmal in den Fokus. Woran lag das?**

Der Turning-Point war die Enttarnung von Werner Heyde, der medizinische Leiter der nationalsozialistischen Erwachsenen-Euthanasie gewesen war, und nach 1945 unter falschem Namen in Schleswig-Holstein – mit dem Wissen von Kollegen und Mitgliedern der Landesregierung – als Psychiater weiterarbeitete. Ab 1959 ermittelte der Frankfurter Staatsanwalt Fritz Bauer gegen ihn. Die Wahrneh-

heitsamt in Hildesheim wusste auch davon. Zudem gab es eine gute Verbindung zur Ärztekammer, der ihm Schutz gewährte. **Sticht Niedersachsen bei diesen personellen Kontinuitäten bundesweit heraus?**

Im Grundsatz überwoogen überall die Kontinuitäten. Allerdings weiß man, dass es in der britischen Besatzungszone eine weniger strenge Entnazifizierung als in den anderen Zonen gab. Das hat auch viele belastete MedizinerInnen angezogen.



Foto: TUM

**Christof Beyer, 40, war am Institut für Geschichte, Ethik und Philosophie der Medizinischen Hochschule Hannover tätig. Er bearbeitete das Forschungsprojekt „Personelle Kontinuitäten in der Psychiatrie Niedersachsens nach 1945“ für das niedersächsischen Sozialministerium**